

APA-Position zu Xinjiang

Berlin, August 2020

Die deutsche Wirtschaft verfolgt die Berichte zur Autonomen Region Xinjiang mit großer Sorge und nimmt die in den Berichten genannten Vorwürfe ernst. Menschenrechte sind ein universelles Gut und nicht verhandelbar. Deutsche Unternehmen wissen um ihre gesellschaftliche Verantwortung, das gilt für alle Standorte der Firmen weltweit.

Fast alle international tätigen deutschen Unternehmen haben weltweit gültige Verhaltensnormen, in denen sie sich und ihre Partner insbesondere zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichten. Viele Firmen bekennen sich zu oder orientieren sich an internationalen Codes of Conduct, wie z. B. dem UN Global Compact. Diese Verpflichtungen übernehmen die Unternehmen im eigenen Interesse und halten sich zur Überprüfung der Einhaltung an dafür entwickelte Prozesse.

Der APA unterstützt ein koordiniertes Eintreten der Regierungen und Parlamente in den EU-Mitgliedstaaten und EU-Institutionen für eine Beendigung der zwangsweisen Internierung oder zwangsweisen Anstellung in Betrieben von Uiguren und anderen ethnischen Minderheiten in China. Wir appellieren an die Politik, etwaige Mängel im Schutz der Menschenrechte in China und weltweit deutlich zu adressieren.

Das Schaffen von Transparenz ist eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme. Die chinesische Regierung sollte deshalb unabhängigen Stellen Zugang zu allen Einrichtungen in der Provinz Xinjiang gewähren, die in die Kritik geraten sind. Sie sollte die ILO-Konventionen zu Zwangsarbeit ratifizieren und umsetzen.

Die deutsche Wirtschaft setzt weiter auf den Dialog mit China und den Ausbau ihrer Präsenz im chinesischen Markt. Es geht um eine verantwortungsvolle Mitgestaltung vor Ort, soweit dies im Rahmen der Möglichkeiten der Unternehmen liegt. Dies gilt auch für das Engagement deutscher Firmen in Xinjiang.

Über den APA

Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft fungiert als Brückenbauer zwischen der deutschen Asienwirtschaft und der Politik in Deutschland und in den asiatischen Partnerländern. Der APA bündelt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Anliegen und Interessen der deutschen Unternehmen in der Region Asien-Pazifik. Angestrebt sind die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Asien-Pazifik-Region und die Förderung von Handel und Investitionen in beide Richtungen. Der APA ist eine Initiative von BDI, DIHK, OAV, BGA und Bankenverband. An der Spitze des APA steht seit Februar 2019 als Vorsitzender Joe Kaeser, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG.

Kontakt:

Friedolin Strack

Sprecher der Geschäftsführung

Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Tel.: +49 (0)30 2028 1423

f.strack@bdi.eu